Datum:	11. Mai 2015
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Reform-Wünsche anlässlich des internationalen Pflege-Tages

Reform-Wünsche anlässlich des internationalen Pflege-Tages

Hilfsorganisationen und Seniorenvertreter haben anlässlich des "Internationalen Tags der Pflege" am 12. Mai zu Reformen aufgerufen. So forderte das Hilfswerk Schritte bei der Ausbildung. Die Diakonie rief zum Schließen der "Pflegelücke" zwischen Altenheim und 24-h-Betreuung auf. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) versicherte, die Pflege zähle weiterhin zu seinen "politischen Top-Prioritäten".

Foto © APA

Der Österreichische Gesundheits-und Krankenpflegeverband (ÖGKV) nahm den Tag zum Anlass für Kritik und bemängelte zu wenig erkennbare Reformen für die Gesundheits- und Krankenpflegeberufe. Die gegenwärtige Diskussion rund um die Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes lasse bis dato keine echten Reformschritte erkennen, meinte ÖGKV-Präsidentin Ursula Frohner in einer Aussendung. Hier knüpfte der Vorsitzende der Gewerkschaft vida, Gottfried Winkler, an: "Wir fordern eine Ausbildungsdauer von zwei Jahren für die Pflegeassistenz. Die Übernahme von höherwertigen Aufgaben und mehr Verantwortung muss Hand in Hand gehen mit einer Entlastung von administrativen oder hauswirtschaftlichen Tätigkeiten."

Außerdem forderte die vida bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen für die Pflegekräfte. Um das alles zu finanzieren solle der Pflegefonds unbefristet eingerichtet und aus vermögensbezogenen Steuern finanziert werden.

Der SPÖ-Pensionistenverband betonte in einer Aussendung, dass Österreich eines der "besten Pflegesysteme der Welt habe". Dennoch forderte Präsident Karl Blecha (SPÖ) weitere Verbesserungen - u.a. einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz und Pflegeteilzeit, bundeseinheitliche Standards sowie einen Ausbau von stationären und mobilen Diensten. Und auch Blecha betonte die Notwendigkeit einer "fairen Entlohnung" der Pflegekräfte. Der ÖVP-Seniorenbund machte darauf aufmerksam, dass bereits im Zuge des 2011 fixierten Pflegefonds eine Strukturreform der Pflege-Sachleistungen vereinbart wurde. Einheitliche Standards hinsichtlich Qualität und Kosten seien aber nach wie vor nicht erarbeitet, die dazugehörenden Verhandlungen in die Verhandlungen zum Finanzausgleich verschoben worden, kritisierte die Bundesobmann-Stellvertreterin Ingrid Korosec.

Hilfswerk-Präsident Othmar Karas wies auf den zu erwartenden starken Anstieg der Pflegebedürftigkeit hin: "Es gibt heute schon zu wenig Personal, und ab 2016 werden pro Jahr zusätzlich 1.000 Pflegekräfte gebraucht." Die schlechten Rahmenbedingungen würden es Menschen in Österreich aber "unnötig schwer" machen, sich für den Pflegeberuf zu entscheiden. Es gebe aber nicht nur bei der Bezahlung, sondern auch bei der Ausbildung "dringenden Reformbedarf", sagte auch Karas. Er forderte v.a. die Umsetzung der geplanten Integration der Pflege-Ausbildung ins Regelbildungswesen.

Diakonie-Direktor Michael Chalupka verwies auf rund 43.000 Kinder und Jugendliche, die tagtäglich pflegerische Aufgaben erledigen würden. "Es ist nicht hinzunehmen, dass die Pflege in Österreich derzeit nur unter Mithilfe dieser jungen Menschen aufrechterhalten werden kann," sagte er. Um diese zu entlasten, brauche es eine "Dienstleistungs-Offensive": "Die Pflegelücke zwischen Altenheim auf der einen Seite und 24-h-Betreuung auf der anderen Seite muss endlich geschlossen werden." Auch die grüne Sozialsprecherin Judith Schwentner griff dieses Thema auf und forderte den massiven Ausbau des mobilen Dienstleistungsangebots sowie der Kurzzeitpflege.

Sozialminister Hundstorfer (SPÖ) erklärte, sein Ressort nehme die Herausforderungen im Bereich der Pflege aktiv an - und arbeite kontinuierlich an der Weiterentwicklung und Verbesserung des Angebots. Er verwies darauf, dass der Pflegefonds laut Regierungsprogramm beibehalten und weiterentwickelt werden soll: "So soll es zu einer Verlängerung des Pflegefonds um die Jahre 2017 und 2018 mit einer Dotierung von jeweils 350 Millionen Euro pro Jahr und somit seit Einführung des Pflegefonds zu einer Gesamtdotierung von über 2 Milliarden Euro kommen." Durch diese Mittel könne von einem Potenzial von insgesamt über 100.000 Arbeitsplätzen im Sozialbereich in den Jahren 2011 bis 2018 ausgegangen werden, sagte der Minister.